

Es informiert Sie	Martina Völker
Telefon	563 - 2600
Fax	563 - 8491
E-Mail	martina.voelker@stadt.wuppertal.de
Datum	27.02.23

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung (SI/1174/22) am 13.12.2022

Anwesend sind:

von der SPD

Barbara Dudda-Dillbohner, Heiner Fragemann, Maximilian Guder, Simon Geiß,

von der CDU

Barbara Becker, Martina Sailer, Christian Schmidt, Anja Vesper-Pottkamp,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Denise Frings, Muyisa Mbasu Muhindo, Sascha Schäfner,

von DIE LINKE

Claudia Radtke,

von den Freien Wählern

Henrik Dahlmann,

als sachkundige Einwohner*innen

Carolin Brüggemann, Ulrich Darwin, Christiane Freyer, Leonie Schumacher,

für die Verwaltung

Roswitha Bocklage, Viola Wessler, Petra Reißing, Claudia Roscher,

Berichterstattung

Christel Steylaers, Prof. Dr. Brigitta Halbfas

Schriftführerin:

Martina Völker

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Verteilung von Erwerbsarbeit, Familien- & Hausarbeit, sowie Armutsbekämpfung

1.1 Minijobs im Bergischen Städtedreieck - Daten, Motive, Corona Fakten - mündlicher Bericht

Christel Steylaers, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Remscheid, stellt die Broschüre „Minijobs im Bergischen Städtedreieck - Daten, Motive, Corona Fakten 2018 - 2022“ vor.

Zugrunde liegt die Arbeitsmarktanalyse mit umfassenden Daten zu sozialversicherungspflichtigen und geringfügig entlohnten Frauen und Männern in Deutschland und im Vergleich der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal. Insbesondere der Blick auf die weiblichen Beschäftigten im Minijob während der Corona-Pandemie macht deutlich, wie hoch das Arbeitsmarktrisiko ist – Minijobs wurden als erste gestrichen und auch ein Anspruch auf Kurzarbeitsgeld besteht nicht.

Die Mitglieder des Ausschusses sprechen als Ursache für viele geringfügige Beschäftigungen / Minijobs von Frauen die hohe Besteuerung in der Steuerklasse 5 (Ehegattensplitting) an, so dass sich Anmeldung die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finanziell nicht lohnt – Christel Steylaers kommentiert, dass es politische Bestrebungen der Bundesregierung gibt, dies zu verbessern.

Ausgehend von diesen Informationen sollen zukünftig bergische Unternehmen angesprochen und motiviert werden, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln, so Christel Steylaers.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem eingestellt.

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2 Zugang zu städtischen Ressourcen und Dienstleistungen

2.1 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Wuppertal bis 2025 VO/0295/22

Viola Wessler, Leitung des Fachbereiches Jugend & Freizeit und Petra Reißing, Fachberaterin, präsentieren den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Wuppertal bis 2025.

Die umfassenden Informationen beschreiben die pflichtigen Aufgabenfelder Jugendarbeit (Offene und Mobile Kinder- und Jugendarbeit),

Jugendverbandsarbeit, Jugend-/Schulsozialarbeit und Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Die aktuellen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen einen deutlichen Anstieg der jungen Bevölkerung, gestiegene Anteile von jungen Migrant*innen durch Flucht und Zuwanderung und ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis.

Es konnte eine Erhöhung der Mittel für die offenen Kinder- und Jugendarbeit erreicht werden, so dass eine ½ Stelle für den Themenschwerpunkt LSBTIQ* Jugendliche ausgeschrieben werden kann.

Auch das Thema Inklusion wird in den Häusern der offenen Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt.

Die Belastungen durch die Corona-Pandemie, massive Weiterentwicklung in der Digitalisierung und ein verstärkter Grundversorgungsbedarf in den Einrichtungen (Hunger von Kindern und Jugendlichen) sind die aktuellen Themen der jungen Menschen.

Die Mitglieder des Ausschusses bitten um weitere Informationen, wie der Bedarf sich entwickelt und was benötigt wird.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem eingestellt.

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Sozialdatenatlas
Vorlage: VO/1223/22

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird vertagt.

2.3 Sachstand zu Still- und Wickelmöglichkeiten
- mündlicher Bericht

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird vertagt.

2.4 Bericht zu Antrag VO/0608/21, Testphase für kostenlose Periodenprodukte vom 21.04.2021
Vorlage: VO/0608/21-A

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom

13.12.2022:

Der Bericht wird vertagt.

3 An Gleichstellung, Diversität und Antidiskriminierung orientierte Personalpolitik über die Verwaltung hinaus

3.1 Gleichstellungsarbeit in Institutionen: Bergische Universität Wuppertal - mündlicher Bericht

Der Bericht wird aus terminlichen Gründen vorgezogen.

Prof. Dr. Brigitte Halbfas berichtet als Zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Bergischen Universität Wuppertal über ihre Gleichstellungsarbeit. Die Bergische Universität ist mit ca. 260 Professor*innen und 4000 Beschäftigten, eine große Arbeitgeberin.

Als Grundlage der gesamten Gleichstellungsarbeit wurde das Gleichstellungszukunftskonzept verabschiedet – in den Fakultäten werden darauf aufbauend eigene Gleichstellungspläne erstellt. Generell ist das Thema Gleichstellung breit in der Bergischen Universität eingeführt und ist strukturell und finanziell abgesichert.

Die Gleichstellungskommission bestehend aus Studierenden, Mitarbeitenden der Bereiche Technik und Verwaltung, Professor*innen arbeitet an der weiteren strukturellen Implementierung.

Aktuelle Herausforderungen:

- Gender-Pay-Gap innerhalb der Uni
- Berufungsgeschäft (Professuren besetzen) schwierig
- Gleichstellung in der Digitalisierung
- Konkurrenz um knappe Mittel
- Familienfreundlichkeit der BUW
- Sexualisierte Diskriminierung und Gewalt

Muyisa Mbasu Muhindo stellt die Frage inwieweit die anderen Diskriminierungsdimensionen Berücksichtigung finden. Prof. Dr. Brigitte Halbfas erläutert, dass die Stabsstelle Gleichstellung und Vielfalt die Prozesse unterstützt und alle Gestaltungsaspekte intersektional umgesetzt werden.

Stv. Denise Frings spricht das Thema der sexuellen Belästigung an und die Möglichkeiten der Unterstützung.

Es werden Kampagnen zu sexualisierter Gewalt durchgeführt, weiterhin wurde dazu eine Arbeitsgruppe gegründet.

Die Mitglieder des Ausschusses bedanken sich für den anschaulichen Bericht.

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Vorstellung der Inklusionsbeauftragten der Stadtverwaltung - mündlicher Bericht

Claudia Roscher, seit April 2022 Inklusionsbeauftragte der Stadt Wuppertal, stellt die Grundlagen und das Aufgabengebiet vor.

Mit der Inklusionsvereinbarung (November 2021) und der Schaffung des Amtes setzt der Arbeitgeber die gesetzliche Vorgabe des Gesetzgebers, verankert im Sozialgesetzbuch IX §181, um und verpflichtet sich die Inklusion von Menschen mit Schwerbehinderung voranzubringen. Die Pflichtquote zur Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung liegt beispielsweise bei 5% bei großen Arbeitgebern, die Stadt Wuppertal liegt bei 8,5 %.

Die Inklusionsbeauftragte unterstützt den Arbeitgeber seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus dem Sozialgesetzbuch IX ergeben. z.B. Koordination der Dienststellen, die sich mit der Teilhabe von Schwerbehinderten und Gleichgestellten befassen.

Die Vorhaben sind vielfältig wie die Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte wie auch die Verbesserung der Wiedereingliederung. Vernetzung und die Sensibilisierung im Prozess sind wesentlich um die Situation zu verbessern.

Die Stelle beinhaltet ebenfalls die Aufgaben der Beschwerdestelle im Rahmen des AGG. Diese sind im Aufbau befindlich und werden nach Konzeptionierung im Ausschuss vorgestellt.

Die Vorsitzende Claudia Radtke bedankt sich für den Bericht.

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Roswitha Bocklage schlägt vor aufgrund der zeitlichen Verzögerung die Tagesordnungspunkte 2.3 und 2.4 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Vorsitzende und die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

4 Berichte der Verwaltung

Roswitha Bocklage zeigt zum Abschluss des Ausschusses die Präsentationsfolie „Rückblick 2022“.

Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung und Antidiskriminierung vom 13.12.2022:

Aufgrund der zeitlichen Verzögerung ist der Bericht der Verwaltung als Präsentation im Ratsinformationssystem einzusehen.

5 Verschiedenes

./.

Claudia Radtke
Vorsitzende

Martina Völker
Schriftführerin